

Aus den Betrieben

Neuer Angriff auf Eisenbahner/innen

In einer Mischung aus Drohungen und Provokationen rüstet die rechte Bundesregierung erneut zum Sturm gegen die Eisenbahner/innen. Noch vor Ablauf der Legislaturperiode sollen unsere Kolleg/inn/en der Eisenbahn endgültig unter die Räder der bürgerlichen Reformlokomotive kommen. Eckpunkt der Angriffe: Durch eine entsprechende Gesetzesänderung sollen insbesondere der Kündigungsschutz und das bestehende Frühpensionsrecht abgeschafft werden. Künftig sollen Eisenbahner/innen beliebig innerhalb der Teilunternehmen der ÖBB versetzt oder an Unternehmen im Bahnumfeld „verliehen“ werden können. Wer sich weigert, wird gekündigt. Somit soll im Namen von „Umstrukturierung und Flexibilisierung“ der Weg zu massiven Entlassungen und der weiteren Erhöhung der Arbeitsbelastung gebahnt werden. Auch diesmal versucht das bürgerliche Lager und ihre bezahlten Schreiberlinge in den Pressestuben die Eisenbahner/innen als „Privilegienritter“ in der Öffentlichkeit zu isolieren. Bewusst verschwiegen werden dabei die um rund zehn Jahre niedrigere Lebenserwartung der Eisenbahner/innen, die Tatsache, dass ÖBB-

Bedienstete einen um fünf Prozent höherem Pensionsbeitrag als ASVG-Versicherte bezahlen u.v.m. Vor allem aber ist die Regierungspropaganda in Anbetracht der Pfründe und Privilegien der Kapitalvertreter in der Regierung verlogen und zynisch. Vorrangig jedoch wird versucht durch das gezielte Schlechtmachen einer spezifischen Berufsgruppe, jede Art der Solidarität zwischen verschiedenen Teilen der österreichischen Arbeiter/innen/klasse von Beginn an zu untergraben. Die Eisenbahner/inn/en sollen in der Öffentlichkeit isoliert werden. Jedes Gefühl der Sympathie und Solidarität für sie soll somit begraben werden. Auch Lohnabhängige in anderen Bereichen haben nicht das geringste Interesse an einer weiteren Schwächung der Eisenbahner/innen. Vor allem nicht in Anbetracht der Tatsache, dass der gesetzliche Eingriff in bestehende Kollektivverträge (wie im Fall der ÖBB) letztlich alle Kollektivverträge in Frage stellt. Nachdem die Führung der Eisenbahnergewerkschaft (GdE) den Arbeitskampf im November 2003 – als dieser Streik gerade das Potential entwickelt hatte, die Regierung in die Knie zu zwingen – abbrach, wurde uns die damals erzielte Vereinbarung mit der Regierung als Erfolg verkauft. Zwar wurde die Zerschlagung der ÖBB nicht verhindert, immerhin konnte aber das Dienstrecht gerettet werden. Gerade diese österreichische Lösung – dieser Kompromiss – öffnete die Tür zu den heutigen Angriffen. Wenn die Kapitalvertreter der Regierung die Möglichkeit wittern uns zu

schlagen, kann man sich mit den früheren Abmachungen von Gorbach, Kukucka und Co. gerade noch den Hintern auswaschen. Allerdings ist die Ausgangsposition für erfolgreiche Gegenwehr heute nicht unbedingt besser als noch vor zwei Jahren. Durch die Zerschlagung der ÖBB als einheitliches Unternehmen wurde nicht nur der Grundstein für die Privatisierung gelegt, sondern auch der Anfang vom Ende der einzigen österreichischen Branchengewerkschaft (und einer der stärksten Teilgewerkschaften) – der GdE – eingeläutet. Außerdem wurde die starke Position der Personalvertretung massiv geschwächt, da nunmehr lediglich Betriebsräte nach dem Arbeitsverfassungsgesetz gewählt werden können (durch die Aufteilung der ÖBB in Teilunternehmen wurde die Zahl der Arbeiter/innen/vertreter ohnedies beträchtlich kleiner).

Diese Entwicklung – sogar die massive Schwächung der eigenen Gewerkschaftsorganisation – wurde von der Gewerkschaftsführung bewusst in Kauf genommen. Wenn es unseren Führungsfunktionären zur Erhaltung eines warmen Plätzchens am Kaminfeuer des Kapitals notwendig ist, werden wir in der Kälte des „Klassenkampfes von oben“ stehen gelassen. Ohne massiven und organisierten Druck von unten werden sich die Streikdrohgebärden unserer Führungsfunktionäre lediglich als Manöver herausstellen.

Hainzl (AGM-Betrieb)

Klassenkampf international

Arbeitskämpfe am Flughafen London

Mitte August hatte ein Streik am Flughafen London Heathrow für internationales Aufsehen gesorgt. Zehntausende Fluggäste saßen zwei Tage lang fest, weil etwa 1.000 Arbeiter/innen der Gepäckabfertigung und des Bustransportes ihre Arbeit niedergelegt hatten. Es handelte sich um einen Solidaritätsstreik mit den Beschäftigten der Catering-Firma *Gate Gourmet*. Seit die Billigflieger am Markt sind, versuchen alle Fluglinien ihre Kosten zu senken – und das geht meist auf Kosten der Beschäftigten. *Gate Gourmet* ist die weltweit zweitgrößte Catering-Firma für Fluglinien, beschäftigt 22.000 Arbeiter/innen und beliefert unter anderem *British Airways* (BA). *Gate Gourmet* gehört der Investmentfirma *Texas Pacific Group*, die auch *Burger King* besitzt und eng mit der bekannt arbeiterv- und gewerkschaftsfeindlichen Billigflug-Firma *Ryanair* verbunden ist. In Großbritannien hat *Gate Gourmet* 2.200 Beschäftigte, viele von ihnen indischer oder pakistanischer Abstammung, die schon bisher nur Niedriglöhne bekamen. Diesen Sommer versuchte die Firmenleitung nun, die Löhne weiter zu senken, Sozialleistungen zu streichen, die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern und 675 Stellen zu streichen. Bei einer Urabstimmung lehnten die Beschäftigten diesen Plan der Chefs ab. Als sich die Arbeiter/innen zu einer Besprechung versammelten, wurden sie von der Firmenleitung stundenlang eingesperrt und ultimativ aufgefordert, den Plan zu unterschreiben. Als sie sich weigerten, wurde die gesamte Schicht sofort entlassen – und zusätzlich Beschäftigte, die im Krankenstand oder im Mutterschutz waren. Der Streik bei *Gate Gourmet* Mitte August wurde aber – zur Überraschung der Firmenleitung – auch vom Bodenpersonal von *British Airways* unterstützt. Viele der Kolleg/inn/en kennen sich und die Arbeiter/innen von *British Airways* wissen, dass auch ihre Arbeitsbedingungen bedroht sind, wenn Firmen wie *Gate Gourmet* mit ihren Angriffen auf die Beschäftigten durchkommen. Der Solidaritätsstreik in London setzte auch die *Internationale Transportarbeiter-Föderation* unter Druck, sich in den Konflikt einzuschalten (und schließlich hat *Gate Gourmet* auch Konflikte mit den Beschäftigten in den USA, Deutschland und Irland). Nachdem der Flughafen London zwei Tage lahm gelegt war, mussten sich die Chefs von *Gate Gourmet* zu Verhandlungen bereit erklären. Ende September wurde schließlich ein Kompromiss bekannt gegeben: Abgesehen von sieben Aktivist/inn/en (denen die Gewerkschaft anderswo Jobs besorgen wird) können alle Entlassenen in

die Firma zurückkehren oder mit einer Abfertigung die Firma verlassen. Da etliche die Abfertigung nehmen werden, hat die Firma ihr Ziel der drastischen Verringerung der Beschäftigtenzahl erreicht. Allerdings musste sie dafür einen finanziellen Preis an die Beschäftigten zahlen. Insofern hat der Streik zumindest einen Teilerfolg gebracht und zeigt, dass sich Widerstand lohnt. Das ist auch deshalb wichtig, weil *British Airways* Einsparungen bei der Gepäckabfertigung plant und die Arbeiter/innen mit größerem Selbstvertrauen in die bevorstehende Auseinandersetzung gehen können.

Teilerfolg für slowakische Papierarbeiter/innen

Der österreichische Papierkonzern Neusiedler/Mondi macht weltweit 1,6 Mrd. \$ Gewinn. Den Arbeiter/inn/en in seiner Fabrik in der Slowakei zahlt er aber nur 250 € im Monat. Als die Beschäftigten dieser Fabrik mehr Lohn forderten und eine neue Gewerkschaft gründeten, reagierte die Firmenleitung mit Entlassungen (der **rote stern** hat in seiner ersten Ausgabe im Mai davon berichtet). Verantwortlich dafür war ganz wesentlich Veit Sorger, der Chef der österreichischen Industriellenvereinigung, der auch großen Einfluss auf die ÖVP-Regierungspolitik hat und für Herrn Grasser die homepage finanziert. Gegen die Entlassungen der slowakischen Papierarbeiter gab es seit letztem Winter eine internationale Solidaritätskampagne, an der sich auch der **rote stern** beteiligte. Viele Betriebsrät/innen, Arbeiter/innen/organisationen, und einfache Lohnabhängige aus verschiedensten Ländern haben bei Neusiedler/Mondi und bei der slowakischen Justiz gegen die Entlassungen protestiert. Im Sommer hat nun ein slowakisches Gericht entschieden, dass die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt und ihnen die entgangenen Löhne ersetzt werden müssen. Diese Entscheidung ist sicher auch auf den Druck durch die internationale Solidaritätskampagne zurückzuführen. Die slowakischen Papierarbeiter/innen können jetzt mit neuem Mut ihren Kampf für höhere Löhne fortsetzen. Für uns ist wichtig: Während die österreichischen Kapitalist/inn/en von der noch stärkeren Ausbeutung in der Slowakei und anderen ärmeren Ländern profitieren, hat die Arbeiter/innen/klasse in Österreich ein Interesse daran, dass die osteuropäischen Arbeiter/innen mit ihrem Kampf für bessere Löhne erfolgreich sind. Nur so kann verhindert werden, dass die Zustände in Osteuropa als Druckmittel zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse der westeuropäischen Lohnabhängigen eingesetzt werden. Deshalb ist Solidarität der österreichischen Lohnabhängigen mit den slowakischen Papierarbeiter/inn/en notwendig.

Wegner (AGM-Betrieb)

Jugend

Schule der Herrschenden

Schon jetzt ist das österreichische Schulsystem ein Garant dafür, dass die sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft einzementiert und sogar verschärft werden. Doch das scheint der herrschenden Klasse, repräsentiert durch die Fratze von Bildungsministerin Gehrler, nicht genug. Durch Maßnahmen wie Kürzungen bei Lehrer/inn/en, Erhöhung der Klassenschüler/innen-Höchstzahlen und dem Zusperrern von „unrentablen“ Schulen lässt sich der Anschein einer Chancengleichheit im Schulsystem immer weniger aufrecht erhalten. Dabei muss man/frau sich klar sein, dass die jetzigen Kürzungen nur ein Vorgeschmack auf weitere Angriffe auf die Grundschulen sind. Vor dem Hintergrund, dass den Herrschenden der „aufgeblasene“ staatliche Schulapparat schon seit längerem ein Dorn im Auge ist,

wird eine weitere Privatisierung des Schulbereichs, womöglich verbunden mit der Einführung von Schulgebühren, nur mehr eine Frage der Zeit sein. Ziele dieser Offensive sind nicht nur bloße Einsparungen, sondern auch fette Gewinne, die sich private Unternehmen von der Kommerzialisierung der Ware Bildung erwarten. Aber muss Gehrler, als bildungspolitischer Büttel des Kapitals, andererseits nicht auch für eine gewisse Mindestqualifikation der Jugendlichen sorgen, damit den UnternehmerInnen auch in Zukunft genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Ausbeutung zur Verfügung stehen? Ja, aber in Wirklichkeit tut es für diesen Zweck auch eine abgespeckte Version des heutigen Schulsystems, in dem die Spreu (die Masse der späteren LohnarbeiterInnen) noch stärker als zuvor vom Weizen (die spätere ökonomische und politische „Elite“) getrennt wird. Sind wir also für mehr Bildung und ein Zurück zu „besseren Zeiten“? Nicht wirklich, denn das Schulsystem, in Form und Inhalt, war immer auf die Interessen der herrschenden Klasse ausgerichtet. Die Schule hat seit jeher eine zentrale Funktion für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems: Sie sorgt für

eine Trennung der Hand- von der Kopfarbeit, welche die Gesellschaft hierarchisch strukturiert. Kinder und Jugendliche sollen von Beginn an in die Gesellschaft ein- und angepasst werden. Sie sollen für ihr Leben als zukünftige LohnsklavInnen vorbereitet werden, indem man/frau pünktlich, obrigkeitshörig und tüchtig zu sein hat. Die Chefs und Chefinnen haben nämlich keine Lust auf kritische und aufmüpfige Jugendliche, die ihre Autorität in Frage stellen und womöglich dagegen revoltieren. Wir sind gegen ein Schulsystems, das den Jugendlichen von Beginn an ihren Platz (als Ausgebeutete oder Ausbeuter) in der Gesellschaft zuweist. Wir müssen Widerstand gegen diese von oben diktierte und auf die Interessen der Herrschenden ausgerichtete Schule leisten und für eine Schule kämpfen, in der die Jugendlichen selbst bestimmen, wo es langgeht! Unser Ziel ist es, die Schule von einem Hort der bürgerlichen Herrschaft in einen Hort der Rebellion gegen das System zu verwandeln.

Pachinger (AGM-Jugend)

Wer wir sind

Die *Arbeitsgruppe Marxismus* (AGM) gibt es seit etwa elf Jahren. Wir haben den Kern einer revolutionären Organisation aufgebaut. Mit der Flugschriftzeitung *roter stern* wollen wir nun einen Schritt weiter gehen und unsere politischen Positionen stärker als bisher in der Arbeiter/innen/klasse und unter Jugendlichen verbreiten. Viele Arbeiter/innen sind heute vereinzelt, entmutigt, politisch bewusstlos und voll von kapitalistischen Vorurteilen. Dennoch können nur die Lohnabhängigen durch Streiks und andere kollektive Kampfformen die kapitalistische Produktion zum Erliegen bringen, die Kapitalist/innen/klasse im entscheidenden Punkt, dem Profit, treffen und sie zu Zugeständnissen zwingen. Nur die Arbeiter/innen/klasse hat die Kraft, durch eine Revolution den staatlichen Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse zu zerschlagen und eine sozialistische

Gesellschaft zu entwickeln. Unter Sozialismus verstehen wir nicht eine bürokratische Herrschaft wie in der Sowjetunion oder in China. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, die nicht für die Profite von wenigen, sondern nach den Bedürfnissen von allen organisiert ist, in der alle Entscheidungen von der Arbeiter/innen/klasse und ihren Räten demokratisch getroffen werden. Eine solche proletarische Demokratie ist nur international möglich. Bereits im Kampf gegen das Großkapital und seinen Staat muss die Spaltung in Männer und Frauen, in In- und Ausländer/innen etc. schrittweise überwunden werden. Um diese Kampf zu koordinieren und die Vorherrschaft des Reformismus in der Arbeiter/innen/bewegung zu brechen, brauchen die Lohnabhängigen eine eigene, neue, revolutionäre Organisation. Ihren Aufbau sehen wir als zentrale Aufgabe an. Siehe auch unsere *Grundsätze* auf der AGM-website:

www.agmarxismus.net

Flugschrift
Thesen zur politischen Situation in Österreich
mit einer Bilanz der Arbeitskämpfe der letzten Jahre
(auf unserer website)

Broschüre
Der IRAK im Fadenkreuz des Imperialismus
Arbeiter/innen/bewegung, Baath-Regime,
Ölinteressen und US-Aggression
(64 Seiten A5, 3 Euro)

Bestellungen an:
agm@agmarxismus.net
AGM, Postfach 62, 1152 Wien

Wenn dir der **rote stern** gefällt, dann gib ihn doch an FreundInnen und KollegInnen weiter. Wir können auch Unterstützung gebrauchen, um den **roten stern** noch breiter zu verteilen – wenn du uns helfen willst, dann melde dich bei unseren Kontaktadressen.